



WUA – 401155/2013

Stellungnahme im Rahmen  
des öffentlichen Konsultationsprozesses  
der EU zum internationalen Klimaschutzüber-  
Einkommen 2015

Wien, 25. Juni 2013

To:  
European Commission  
Directorate-General Climate Action  
Stakeholder consultation 2015 climate agreement  
BU24 04/065  
Avenue de Beaulieu, 24  
B-1049 Bruxelles  
Belgium

Im Rahmen des im Betreff genannten Konsultationsprozesses nimmt die Wiener  
Umweltanwaltschaft wie folgt Stellung:

Ad Frage 1:

Urbane Ballungsräume beherbergen 50% der Weltbevölkerung mit stark steigender Tendenz. Sie verursachen mehr als drei Viertel der globalen Treibhausgas-Emissionen. Für einen effektiven, globalen Klimaschutz sind städtische Klimaschutzprogramme deshalb unverzichtbar.

Großstädte sind zudem Standort industrieller und Motor landwirtschaftlicher Produktion, sowie essentieller Teil globaler Informationsnetzwerke. Sie sind weltweit die treibende Kraft für die meisten ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen.

Die sind deshalb auch jene Orte, an denen die Lösungsansätze für die zentralen Fragen unserer Zeit erarbeitet und vorrangig umgesetzt werden müssen. Dabei sind ihre Dichte, ihr kreatives Potential und ihre Vielseitigkeit bereits Teil der Lösung.

Städte sind zudem aufgrund der hohen Dichte an Bevölkerung und Infrastruktur besonders vulnerabel gegenüber den negativen Auswirkungen des Klimawandels wie Hitzewellen, die durch urbane Wärmeinseln zusätzlich verstärkt werden und durch die hohe Schadensdichte bei Wetterextremen wie Hochwasser oder Stürmen.

Städte(netzwerke) müssen deshalb verstärkt in die Verhandlungen zu einem globalen Klimaschutz(vertrag) einbezogen werden. Zudem muss die Bildung von Städtenetzwerken, welche Lösungen zur Treibhausgasreduktion

erarbeiten und umsetzen wollen, forciert werden. Diese müssen durch internationale Aufmerksamkeit und finanzielle Förderprogramme der EU, der UNO, der Weltbank etc. viel stärker unterstützt werden.

#### Ad Frage 2

Es soll nicht darauf gewartet werden, dass alle Wirtschaftssektoren und alle wichtigen Staaten sich auf ambitionierte Klimaschutzziele einigen. Dies ist unserer Ansicht nach ein unrealistisches Ziel, welches tatsächliche Fortschritte eher blockiert, da hier immer nur ein kleinster gemeinsamer Nenner zwischen allen Staaten und allen Wirtschaftssektoren gefunden werden kann.

#### Ad Frage 3

Es sollen sich jene Staaten und Städte in Netzwerken zusammenfinden, die als Vorreiter Lösungen erarbeiten wollen. Wenn einige Staaten und Städte mit zur Zeit hohen Treibhausgasemissionen vorzeigen, dass eine Umstrukturierung möglich ist, welche klimafreundliche und ressourcenschonende Lebensstile ohne wesentliche Einbüßung von Lebensqualität implementieren, dann werden andere Staaten und schließlich die Weltgemeinschaft diesen Beispielen folgen.

Solche Umstrukturierungen benötigen nicht unbeträchtliche finanzielle Ressourcen, z.B. für den Umbau des Energiesystems oder die Umstellung auf einen komfortablen, öffentlichen Verkehr. Diese Ressourcen sind jedoch zur Zeit nicht in den Händen von Staaten, die aufgrund der Regeln des globalen Wirtschaftssystems inzwischen zum allergrößten Teil verschuldet sind.

Die für einen effizienten Klimaschutz nötigen, finanziellen Ressourcen für einen effizienten Klimaschutz sind vielmehr in der Hand von Privatpersonen und Unternehmen, welche oft nur individuelle, bzw. Partikularinteressen vertreten und verfolgen, aber nicht das Gemeinwohl der Bevölkerung und den Umweltschutz im Auge haben.

Durch die Regeln des derzeit vorherrschenden, neoliberalen Wirtschaftssystems fließt von dieser Klientel immer weniger Geld über Steuerabgaben an die Staaten zurück, welchen somit die Finanzen für einen Umbau der Infrastrukturen fehlen.

Diesem Umstand kann und sollte auf mehreren Ebenen begegnet werden. Dazu müssen in einem ersten Schritt weltweit alle Steueroasen abgeschafft werden. Steuersysteme müssen externe Umweltkosten internalisieren und Energieeffizienzmaßnahmen fördern.

#### Ad Frage 4

Klima- und ressourcenschonende Lebensstile benötigen auch eine längere Nutzungsdauer von Gütern und damit einen Rückgang an industrieller Produktion (anstatt wie bisher einer Verlagerung ins EU-Ausland). Dies würde im aktuell vorherrschenden Wirtschaftssystem jedoch zu weiterer Arbeitslosigkeit und zu sozialen Krisen führen. Es müssen deshalb Wirtschaftsmodelle entwickelt und eingeführt werden, die ohne permanentes ressourcenintensives Wirtschaftswachstum sozialverträgliche Gesellschaftsstrukturen ermöglichen. Erste Ansätze zu solchen innovativen Wirtschaftsmodellen werden zur Zeit von Expertenteams (wie auf der Universität von Surrey unter Univ.Prof. Tim Jackson) entwickelt.

Um das globale Klimaschutzziel einer Begrenzung der Erderwärmung annähernd auf 2°C zu erreichen, benötigt es ressourcenschonende Lebensstile und ein verändertes Konsumverhalten. Das Ziel einer Erhöhung der Lebensqualität muss von einem steigenden Ressourcenverbrauch abgekoppelt werden. Es benötigt deshalb neue Indikatoren zur Messung des Wohlstandes einer Gesellschaft. Der klassische Indikator „BIP“ (GDP), welcher im Wesentlichen das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung misst, muss durch Indikatoren abgelöst werden, welche Wohlbefinden und Lebensqualität der Gesamtbevölkerung stärker im Fokus haben. Dieses kann und soll unabhängig von einem weiteren Ressourcenverbrauch durch andere Faktoren, wie Bildung und soziale Kompetenz gesteigert werden.

Die Nutzung von Bioenergie als Klimaschutzmaßnahme ist unserer Ansicht nach kritisch zu hinterfragen und sollte nur unter strengen ökologischen und sozialem ethischen Auflagen als Klimaschutzmaßnahme anerkannt werden. Alle, auch indirekt entstehende Treibhausgasemissionen (z.B. durch indirekte Landnutzungsänderungen) müssen bei der Berechnung der Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt werden.

Nuklearenergie darf nicht als vermeintlich „CO<sub>2</sub>-arme Technologie“ gefördert werden. Hier schließen wir uns der österreichischen Stellungnahme vom 16. Mai 2013 vollinhaltlich an.

Zusammenfassend müssen sich internationale Verhandlungen auf die Umsetzung der oben genannten Maßnahmenprogramme konzentrieren und nicht auf staatliche Zusagen zu Treibhausgasreduktionen, hinter denen keine realistischen Konzepte stehen. Hier liegen unserer Ansicht nach die eigentlichen Herausforderungen, welche einen effizienten Klimaschutz erst ermöglichen.

Gleichzeitig müssten verstärkt Maßnahmen unterstützt werden, welche die CO<sub>2</sub>-Bindung aus der Atmosphäre fördern, wie der Erhalt von bestehenden

Wäldern, sowie zusätzliche Aufforstungen und Maßnahmen zur Förderung der Humusbildung in landwirtschaftlichen Böden.

Auch Technologien zur Abscheidung und Speicherung von Treibhausgasen (CCS) müssen weiter im Fokus bleiben. Auch von dieser Seite könnten bei einer Weiterentwicklung der bisherigen technologischen Ansätze noch sinnvolle Beiträge kommen. Dies ist auch insofern wichtig, weil aufgrund der neuen Technologie des Frackings die prinzipiell nutzbaren Reserven an fossilen Energieträgern (Schiefergas, Schieferöl) deutlich zugenommen haben.

#### Ad Frage 4 und 5

Eine wichtige Möglichkeit, die täglich überall geleisteten privat(wirtschaftlich)en Investitionen in Infrastrukturen für den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung zu nutzen, ist die Einführung von klimagerechten Baunormen und weiteren rechtlichen Regelungen, welche die Nutzung von umweltfreundlichen, klimaschonenden Energien und die Schonung von Ressourcen (auch von fruchtbarem Boden) forcieren.

#### Ad Frage 6

Neue Mechanismen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen könnten einen Wandel zu einem ökologisch und sozial orientierten Wirtschaftssystem mit mehr Verteilungsgerechtigkeit aktiv unterstützen. So könnten jedem Bürger und jeder Bürgerin unabhängig von der jeweiligen Staatsbürgerschaft, dieselben Emissionsrechte jährlich zugeteilt werden, welche am Ende des Jahres verfallen. Dadurch würde eine Akkumulation von Emissionsrechten und damit Kapital bei einer kleinen Bevölkerungsgruppe verhindert, wie wir es zur Zeit aufgrund der geltenden Wirtschaftsregeln im Bereich des Finanzwesens beobachten. Die Staaten müssten diese Emissionsrechte verwalten und untereinander damit handeln (können), aber zugleich sicherstellen, dass allen Teilen der Bevölkerung ihr jeweiliges Emissionsrecht auch zugestanden, bzw. Unterschreitungen finanziell abgegolten werden. Diese Emissionsrechte sollten in der Summe so angepasst werden, dass sie von Jahr zu Jahr sinken und die Erreichung von globalen Klimaschutzzielen ermöglichen. Solche Regelungen finden aktuell wohl noch keine Mehrheit und sind als ein langfristiges Ziel anzusehen. Trotzdem sollten solche Modelle im Rahmen von Forschungsprojekten und Verhandlungsrunden bis zur Umsetzungsfähigkeit weiterentwickelt werden.

Ad Frage 8:

Bei den internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz und der Klimawandelanpassung sollten zudem innovative Verhandlungstechniken eingeführt werden, welche unter dem Schlagwort „Soziale Innovation“ seit einigen Jahren ausgearbeitet und bei internationalen Kongressen oder bei der Umstrukturierung großer Unternehmen bereits erfolgreich angewendet werden. Auch neue Instrumente wie z.B. „Crowdfunding“ könnten gezielter für den Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Für die Wiener Umwelthanwaltschaft:

eh.

Sachbearbeiterin:

Dipl. Ing. Jaros ☎ 00431 37979 88 994

Mag. Dr. Andrea Schnattinger

Wiener Umwelthanwältin